

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Umsetzung von Konversionsmaßnahmen in Thüringen und Schaffung eines Landeskonversionsprogramms

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den aktuellen Stand der Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform in Thüringen zu berichten und darüber Auskunft zu geben, welche Unterstützung sie den betreffenden Kommunen bisher gewährt hat sowie noch zukommen lässt. Dabei hat sie insbesondere über den Inhalt, Ziele, Realisierungsstand und die bereits vorliegenden Ergebnisse von Konversionsmaßnahmen zu berichten.
- II. Der Landtag begrüßt die Bildung der "Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Konversion" durch Städte, in denen die Bundeswehr Standorte schließt, und unterstützt deren Forderungen an die Bundes- und die Landesregierungen, diese Städte bei der Umsetzung von Maßnahmen der Konversion zu unterstützen.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - a) sich im Rahmen ihrer Bundesrätstätigkeit aktiv für die Umsetzung der Forderungen der in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Konversion zusammengeschlossenen Kommunen einzusetzen, insbesondere für
 - die Einrichtung eines Konversionsfonds,
 - die Bereitstellung von Fördermitteln, insbesondere aus Mitteln der Städtebauförderung und der Gemeinschaftsaufgabe zur "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur",
 - eine Reformierung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmAG);
 - b) ein eigenes Landeskonversionsprogramm zur Umsetzung von Konversionsaufgaben für Thüringen bis zum 31. März 2014 zu erarbeiten und dem Landtag zur Kenntnis vorzulegen.
- IV. Über die Umsetzung der nach Nummer III eingeleiteten Maßnahmen ist der Landtag stetig schriftlich zu unterrichten.

Begründung:

Im Oktober 2011 verkündete der Bundesminister für Verteidigung das neue Standortkonzept der Bundeswehr. Von den bundesweit gegenwärtig 328 Standorten werden 31 vollständig geschlossen und weitere 33 Standorte derartig reduziert, dass sie nicht mehr als Standort gelten. In Thüringen wird jeder dritte Dienstposten abgebaut, der Standort Mühlhausen drastisch reduziert, so dass dieser künftig nicht mehr als Standort gilt.

Konversion militärischer Standorte ist nicht nur eine friedenspolitisch richtige Entscheidung. Konversion transparent und zukunftsweisend gestaltet, bietet den Menschen in den Regionen zudem auch Chancen, die es zu nutzen gilt.

Am 24. Juli 2013 verabschiedeten 35 Kommunen, die sich in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Konversion zusammengeschlossen haben, eine Resolution. Darin wird von der Bundesregierung und den Landesregierungen die Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen der Konversion im Zuge der Schließung von Bundeswehrstandorten gefordert. Die unterzeichnenden Kommunen, darunter die Stadt Mühlhausen, sehen bei einer erfolgreichen Umsetzung von Konversionsmaßnahmen Chancen für ihre weitere kommunale Entwicklung. Zum Ausdruck kommt aber, dass sie dafür notwendige Aufgaben nicht ohne Unterstützung durch den Bund und die Länder bewältigen können.

Für die Fraktion:

Ramelow